

Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes für Bürokratierückbau im Bereich des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Gesetzesentwurf des Gesetzes für Bürokratierückbau Im Bereich des BMLEH.

Seitens des Lebensmittelhandels wird es begrüßt, dass durch den Entwurf Meldepflichten für Labore und Handelsunternehmen abgeschafft werden. Der Gesetzgeber honoriert damit die gute Verfahrenspraxis der Unternehmen und unterstützt das Vertrauen in die Wirtschaft, dass diese auch ohne zusätzliche behördliche Einflussnahme in der Lage ist, festgestellte Abweichungen eigenverantwortlich zu übernehmen.

Im Weiteren bleibt der Entwurf jedoch hinter den Erwartungen des Handels an den erforderlichen Bürokratieabbau zurück. So hätte sich der Handel u.a. erhofft, dass auch die Meldepflichten des § 44 a LFGB für Untersuchungsergebnisse für Dioxine, dioxinähnliche und nicht dioxinähnliche polychlorierte Biphenyle nach § 44a Abs. 3 LFGB von dem Bürokratierückbau mit betroffen sind, da auch diese Meldungen aus unserer Sicht für die Verbrauchersicherheit verzichtbar sind.

Es wird daher angeregt, auch diese Meldepflichten in den Rückbau mit einzubeziehen und zielgerichtet weitere Schritte zur Erleichterung wirtschaftlichen Handelns zu gehen. Auf Bitten der BLE hatte der Lebensmittelhandel eine umfangreiche Liste von Vorschlägen eingereicht, in welchen aus Sicht des Handels ein Bürokratieabbau möglich und auch notwendig wäre. Wir gehen davon aus, dass diese Liste vorliegt, fügen sie aber sicherheitshalber dieser Stellungnahme nochmals anbei. Leider finden wir im vorgelegten Entwurf aus der langen Liste lediglich die oben angesprochenen Meldepflichten wieder.

Wir hoffen daher, dass der hier zur Kommentierung stehende Entwurf lediglich den Beginn eines Prozesses darstellt, an dessen Ende ein deutlich umfangreicherer Bürokratieabbau stehen sollte.

Gerne wollen wir diesen Prozess konstruktiv begleiten und würden uns daher über eine Diskussion weiterer Punkte freuen, wie weitere Bürokratie zu Unterstützung der Wirtschaft, abgebaut werden kann.

Berlin, 24. Juni 2026

Bundesverband des Deutschen Lebensmittelhandels e.V.